

GASTKOMMENTAR *Martin Candinas über die Altersvorsorge 2020*

Gerecht, stabil und solidarisch

Seit der Einführung der AHV vor 70 Jahren wurde dieses Sozialwerk während der ersten 50 Jahre zehn Mal revidiert. Seit 20 Jahren gelang aber wegen unheiligen Allianzen und einer vom Volk abgelehnten Vorlage keine einzige Revision mehr! Dies ist Beweis genug, wie verfahren die Situation ist und wie wichtig es nun ist, dass wir jetzt einen Kompromiss akzeptieren und damit einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung tun. Ohne eine Reform werden die Finanzen unserer Sozialversicherungen in Schiefelage geraten und aktuelle wie zukünftige Renten gefährden. Das müssen wir abwenden! Die Rentenreform saniert die erste und zweite Säule gleichzeitig. Ohne diese Massnahmen wird im Jahr 2030 die Kasse der AHV praktisch leer sein. Der

Ausgleichsfonds wäre dadurch nicht mehr in der Lage, alle laufenden Renten auszahlend. Angesichts dieser Prognose besteht Handlungsbedarf. Dies ist nicht nur im Interesse der zukünftigen Rentner, sondern auch der heutigen Rentner. Andernfalls werden auch diese Renten unter Druck kommen.

Was beinhaltet die Vorlage? Das Rentenalter von Männern und Frauen wird auf 65 Jahren angeheben. Ebenfalls wird der Umwandlungssatz der beruflichen Vorsorge von heute 6,8 Prozent auf sechs Prozent gesenkt. Diese Senkung betrifft nur zukünftige Renten! Die heutigen Rentner behalten den bisherigen Umwandlungssatz. Alle diese zwei Anpassungen sollten Beweis genug sein, dass es sich hier um eine echte und spürbare Reform handelt. Die einschneidenden Konsequenzen werden mit Massnahmen in der zweiten Säule und in der ersten Säule mit einer sanfteren Rentenerhöhung von 70 Franken pro Monat für

Neurentner ausgeglichen. Um auch tiefere Einkommen besser abzusichern, wird der Koordinationsabzug gesenkt. Dadurch erhalten Personen, die Teilzeit arbeiten – überdurchschnittlich viele Frauen –, eine deutlich bessere berufliche Vorsorge. Heute haben 500'000 Frauen keine Pensionskasse. Ihnen hilft der 70-Franken-Zuschlag, im Alter

künftige Generationen in der beruflichen Vorsorge um 63 Prozent reduziert.

Eine gerechte Rentenreform lebt davon, dass Jung und Alt, Frauen und Männer, Arm und Reich ihren Teil leisten. Dies ist bei der aktuellen Rentenreform dank der führenden Rolle der CVP sehr gut gelungen. Ich bin überzeugt, dass die Forderungen der Linken nach Rentenerhöhungen in Milliardenhöhe ebenso untauglich sind wie die Forderungen von SVP und FDP nach einer absoluten Abbauvorlage. Mit dieser Vorlage werden stabile Finanzen und attraktive Rahmenbedingungen für unsere KMU mit sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit in Einklang gebracht! Aus diesem Grund unterstützen die Westschweizer Wirtschaftsverbände an vorderster Front die Rentenreform. Sie wollen ein stabiles, nachhaltig finanziertes Rentensystem und plädieren nicht für einen schlichtweg nicht vorhandenen Plan B. Dasselbe gilt für den Schweizerischen

Bauernverband, der diese Vorlage unterstützt. Auch der Bündner Bauernverband hat mit nur einer Gegenstimme die Ja-Parole zur Altersvorsorge 2020 gefasst. Dies zeigt klar, dass wir hier eine unheilige Allianz aus Genfer Kommunisten und ultraliberalen Kräften der Deutschschweiz haben. Einen besseren Beweis für die Ausgewogenheit der Vorlage gibt es wohl nicht.

Die Altersvorsorge 2020 ist eine der wichtigsten Reformen unseres Landes seit Jahrzehnten. Nach einem 20-jährigen Stillstand haben wir nun endlich eine umfassende und gut austarierte Lösung über die ganze Altersvorsorge. Diese wird unsere Sozialwerke gerechter, solidarischer und stabiler machen. Die soziale Sicherheit ist eine immense Errungenschaft in unserem Land, mit der wir nicht politisch spielen dürfen. Aus diesen Gründen empfehle ich Ihnen aus fester Überzeugung ein doppeltes Ja zur Altersvorsorge 2020 am 24. September 2017.

MARTIN CANDINAS ist Nationalrat CVP.



«Wir haben endlich eine umfassende und gut austarierte Lösung»

besser über die Runden zu kommen. Dank der Senkung des Umwandlungssatzes stärken wir zudem die zweite Säule. Die heutige berufstätige Generation finanziert die Rentnerinnen und Rentner jährlich mit 1,3 Milliarden Franken. Dank der Rentenreform wird diese ungerechte Umverteilung für zu-

HINTERGRUND *Andreas Rinke und Andrea Shalal, Berlin, über das Wahlverhalten der Deutschen mit Migrationshintergrund*

Kampf um russisch- und türkischstämmige Wähler

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat mit seinem Boykottauftrag für die Bundestagswahl den Blick auf das Wahlverhalten der Deutschen mit Migrationshintergrund gelenkt. Denn vor allem die grossen türkisch- und russischstämmigen deutschen Wähler sind begehrte Zielgruppen für die Parteien. Das erklärt auch, warum sich sowohl Bundeskanzlerin und CDU-Chefin Angela Merkel als auch Aussenminister Sigmar Gabriel (SPD) sofort jede Einmischung Erdogans verbieten haben. Allerdings rechnet man bei deutschen Si-

cherheitsbehörden damit, dass auch die russische Regierung noch in der einen oder anderen Form Einfluss auf den Wahlkampf ausüben will – auch wenn Präsident Wladimir Putin dies dementierte. Ähnliche Vorwürfe hatte es bereits bei den Präsidentschaftswahlen in den USA und Frankreich gegeben.

Für den Ausgang der Bundestagswahl gelten die beiden Wählergruppen zwar nicht als entscheidend. Doch sie sind gross genug, um bei kleinen Parteien wie der rechtspopulistischen AfD einen Einfluss zu haben. Immerhin gibt es rund 1,3 Millionen wahlberechtigte Deutsch-Türken. Und rund zwei Millionen Deutsche haben Wurzeln in der ehemaligen Sowjetunion.

Die Parteien haben bisher sehr unterschiedlich vom Verhalten dieser Wähler profitiert: So galten die Deutsch-

Türken laut Studien mehrheitlich als Wähler der SPD. Russischstämmige Deutsche neigten dagegen eher dazu, konservativen Parteien ihre Stimme zu geben.

Gabriel und Merkel zeigen sich überzeugt, dass Erdogans Aufruf, nicht CDU, SPD oder Grüne zu wählen, letztlich ohne Wirkung bleiben werde. «Ich setze darauf, dass die türkischstämmigen Deutschen sich davon nicht beeindrucken lassen und sich ihre eigene Meinung bilden. Entscheidend ist, dass die Menschen zur Wahl gehen und ihre Rechte wahrnehmen», sagte Gabriel. Auch die Kanzlerin rief alle Deutsch-Türken ausdrücklich zur Wahl auf.

Wie genau sich anhaltender Druck aus Ankara auswirken könnte, wagt niemand vorherzusagen. Immerhin stimmten 63 Prozent der in Deutsch-

land lebenden Türken für das umstrittene Verfassungsreferendum, das Erdogan weitgehende Macht in der Türkei sichert.

Diese Gruppe ist zwar nicht identisch mit den Wahlberechtigten in Deutschland. Aber die «Süddeutsche Zeitung» zitiert eine Nachwahlanalyse des Meinungsforschungsunternehmens Data4U, nach der 60 Prozent der Befragten, die die SPD wählen würden, bei Türkei-Wahlen für die islamisch-konservative Regierungspartei AKP stimmen.

Data4U-Chef Joachim Schulte erwartet nun zumindest eine sinkende Wahlbeteiligung. Unklar ist aber, ob Erdogans Druck nicht nach hinten losgeht, weil ihn die ebenfalls grosse kurdischstämmige Bevölkerung in Deutschland sehr kritisch sieht.

« Entscheidend ist, dass die Menschen zur Wahl gehen und ihre Rechte wahrnehmen »

LESERBRIEFE *Zur Reform der Altersvorsorge*

Altersvorsorge 2020 für Junge und Alte

Offensichtlich ist es schwer, gegen die Reform der Altersvorsorge zu argumentieren. Nur so kann ich es mir erklären, dass den Gegnern kein schlauerer Argument einfällt, als eine drohende Zweiklassen-AHV. Genau das ist es aber, was wir heute zwischen Alt- und Neurentnern haben. Als ich vor ein paar Jahren pensioniert wurde, herrschten noch goldene Zeiten: Umwandlungssätze von über sieben Prozent, und seither kaum teuerungsbedingte Verluste auf den Renten. Wir Pensionierten wissen das und gönnen den Neurentnern die 70 Franken mehr AHV als bescheidenen Ausgleich für die zum Teil stark gesunkenen Renten aus den Pensionskassen.

Ich weiss nicht, was die Gegnerschaft antreibt: Sind es ideologische Gründe gegen eine geringfügige Stärkung der AHV, sind es einfach nur Partikularinteressen, oder ist es die Nähe zum Umfeld der Privatversicherungen (die bis zu zehn Prozent der Prämien als Verwaltungskosten anrechnen können)? Warum wohl wollen die Gegner die Herkunft der Millionen für die Gegenkampagne nicht offenlegen? Jede so umfangreiche Vorlage ist ein Kompromiss. Man kann den natürlich auch ablehnen und nichts tun. Der grosse Schock kommt dann um so sicherer in ein paar Jahren. Es glaubt aber wohl niemand, dass dann-

zumal SVP und FDP für eine sozialere Reform eintreten werden.

Deshalb zur Sicherung der Altersvorsorge für die Jungen ein deutliches Ja am 24. September zur Vorlage von Bundesrat und Parlament. Auch – und gerade – von uns Pensionierten.

► GEORG WEBER, CHUR

2x Ja – Jung und Alt

Niemand bestreitet, dass die AHV Mehreinnahmen braucht. Die Gegner der Altersvorsorge 2020 möchten, statt der bescheidenen Zusatzfinanzierung durch die Mehrwertsteuer, die AHV in die Schuldenfalle schlittern lassen. Damit hoffen sie einen Hebel in der Hand, für einen Leistungsabbau und die Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre, zu bekommen. Schuldenwirtschaft ist Gift für eine Sozialversicherung, das haben wir mit der IV erlebt. Die AHV ist so solide wie keine andere Versicherung finanziert. Seit 1975 bezahlen wir die gleichen Lohnbeiträge, obwohl sich die Zahl der Rentnerinnen und Rentner bis heute mehr als verdoppelt hat. Nur vor 20 Jahren benötigten wir ein zusätzliches Mehrwertsteuerprozent, jetzt sind weitere 0,6 Prozent Mehrwertsteuerprozent nötig. So billig wie jetzt wird die AHV-Finanzierung nie wieder zu haben sein. 0,3 Prozent dieser 0,6 Prozent bezahlen wir heute schon, sie werden von der IV über-

nommen, mit einem Nein würden sie für die AHV verloren gehen. Es geht um mehr als eine Milliarde Franken. Die Altersvorsorge 2020 gibt eine bessere Absicherung bei Teilzeitarbeit und Arbeitslosigkeit. Erstmals seit Jahrzehnten werden die AHV Renten wieder verbessert: 840 Franken für Alleinstehende und etwa 2700 Franken für die Mehrheit der Ehepaare. Das fällt gerade bei Menschen mit tiefem Einkommen ins Gewicht.

Deshalb alle 2x Ja am 24. September.
► MATHIS TREPP, CHUR

Scheinreform: 1 + 1 gibt nicht 3!

Am 24. September stimmen wir über eine Vorlage ab, die bezüglich Kosten und Gerechtigkeit seinesgleichen sucht. Die Befürworter der Reform argumentieren, die Vorlage sei ausgewogen, «da sowohl ganz links und ganz rechts dagegen sei». Stellen Sie sich vor, ein Bündner und eine Bündnerin gehen in ein Gasthaus. Der eineisst stück Zehn Capuns, die andere trinkt eine Flasche Wein aus der Bündner Herrschaft. Im Durchschnitt sind beide gesättigt und der Durst ist gestillt («ausgewogen») – doch effektiv ist der eine überfressen und die andere besoffen. Der Ausgewogenheitsvergleich zeigt, dass den Befürwortern richtige Argumente fehlen und sie auch nicht richtig rechnen können.

Bei rentennahen Jahrgängen überschiesst die Vorlage nämlich sogar den Besitzstandserhalt. Diese Besserstellung der einen Generation wird finanziert durch kommende Generationen – eine klare Verschlechterung der Generationengerechtigkeit! Ebenfalls drohen die Befürworter damit, dass bei einer Ablehnung der Reform laufende Renten bald nicht mehr bezahlt werden können. Jedoch gewinnt man mit der Reform nur etwas Zeit – teure Zeit! Bei Ablehnung müsste die nächste Vorlage bis etwa 2024 vor das Stimmvolk. Bei Annahme könnte man vielleicht bis 2028/29 warten. Diese vier bis fünf Jahre werden finanziert durch eine Verschlechterung der Generationengerechtigkeit sowie durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und des Rentenalters für Frauen. Wollen wir nach fünf Jahren eine erneute Erhöhung der Mehrwertsteuer? Nein, als Hochpreinsel können wir uns das nicht leisten – und falls doch, geht es zulasten der Löhne von uns allen! Die Frauen tragen durch Erhöhung des Rentenalters eine grosse Last, und trotzdem wird die Generationengerechtigkeit verschlechtert. Das ist ein Tausch mit zwei Verlierern! Die Ablehnung der Scheinreform macht den Weg frei für eine richtige Reform. Deshalb stimme ich zweimal nein. Aus Liebe zur Schweiz – und zur Generationengerechtigkeit.

► ROMAN PFRANGER, MAIENFELD FDP-ORTSPARTEIPRÄSIDENT

IMPRESSUM

Bündner Tagblatt

Herausgeberin:

Somedia Press AG.

Verleger: Hanspeter Lebrument.

CEO: Andrea Mastiger.

Redaktionsleitung:

Luigi Bürkli (Chefredaktor, lub),

Norbert Waser (Stv. Chefredaktor, nw),

Nadja Maurer (nm).

Redaktionsadressen:

Bündner Tagblatt,

Sommeraustrasse 32, 7007 Chur,

Telefon 081 255 58 58, E-Mail:

redaktion@buendnertagblatt.ch.

Verlag: Somedia, Sommerau-

strasse 32, 7007 Chur, Tel. 081 255 50 50,

E-Mail: verlag@somedia.ch.

Kundenservice/Abbo: Somedia,

Sommeraustrasse 32, 7007 Chur,

Tel. 084 4 226 226,

E-Mail: abo@somedia.ch.

Inserate: Somedia Promotion,

Sommeraustrasse 32, 7007 Chur,

Telefon 081 255 58 58, E-Mail:

chur.promotion@somedia.ch.

Reichweite: 159 000 Leser (MACH-

Basic 2016-2).

Abopreise unter: www.buendner-

tagblatt.ch/aboservice

Die irgendetwas geartete Verantwortung von in diesem Titel

abgedruckten Inseraten oder Teilen davon, insbesondere

durch Einsetzung in einen Online-Dienst, durch

dazu nicht autorisierte Dritte, ist untersagt. Jeder Ver-

stoss wird von der Verlagsgesellschaft nach Rücksprache

mit dem Verlag gerichtlich verfolgt.

© Somedia